

Antrag der GRÜNEN JUGEND Kreis Ludwigsburg sowie des Kreisvorstands von Bündnis 90/Die Grünen im Kreis Ludwigsburg an die Sonder-Kreismitgliederversammlung am 21. Juli 2025

## **Antragstitel: Nein zur Arbeitspflicht: Integration statt Ausbeutung!**

**Antragsteller\*innen: GRÜNE JUGEND Kreis Ludwigsburg gemeinsam mit Kreisvorstand KV Ludwigsburg**

### **Beschluss:**

1 Als Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Ludwigsburg sagen wir klar: Wer flieht, verdient Schutz,  
2 Perspektive und Respekt –keine Arbeitspflicht!

3 Im Landkreis Ludwigsburg sollen geflüchtete Menschen zu Arbeitseinsätzen verpflichtet werden - mit  
4 Bezahlung unter dem Mindestlohn. Im Gegensatz zu gemeinnützigen Diensten in  
5 Gemeinschaftsunterkünften fördern verpflichtende Arbeitseinsätze nicht die Integration. Arbeitsdienste,  
6 wie in Kornwestheim oder geplant in Freiberg am Neckar sind keine Integration, sondern gesetzlich  
7 legitimierte Ausbeutung!

### **8 Deshalb fordern wir:**

9 1. **Keine verpflichtenden Arbeitseinsätze für Geflüchtete!** Arbeit muss auf freiwilliger Basis geschehen.

10 2. **Gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung!** Geflüchtete müssen für ihre Arbeit würdig bezahlt  
11 werden. 80 Cent pro Stunde, wie von verschiedenen Akteuren gefordert, sind nicht akzeptabel!

12 3. **Schnellere Integration von Geflüchteten in den regulären Arbeitsmarkt!** Wir wollen, dass  
13 Arbeitsverbote abgeschafft werden. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen – nach seinen eigenen  
14 Vorstellungen. Hierzu braucht es **konkrete Angebote** von Seiten des Bundes, des Landes, des Kreises und  
15 der Kommunen, wie:

- 16 • Bürokratieabbau, damit es keine überlangen Verfahren gibt.
- 17 • Den Ausbau von Sprachkursen zu verstärken, um den Spracherwerb zu fördern.
- 18 • Arbeitgeber zu motivieren, Spracherwerb und fachliche Qualifizierung im Rahmen bestehender  
19 Beschäftigungsverhältnisse zu ermöglichen.
- 20 • Die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen zu vereinfachen und zu  
21 beschleunigen.
- 22 • Ein umfassendes Angebot an Nachqualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen.
- 23 • Ausreichende Betreuungsplätze, damit Kinderbetreuung nicht zu einem Hemmnis bei  
24 Spracherwerb und Arbeit wird.

25 **Eine Arbeitspflicht zu fordern bedient nur Vorurteile und Stereotype gegenüber Geflüchteten.**  
26 Geflüchtete sind Menschen mit Rechten, nicht Bittsteller\*innen. **Für eine solidarische Gesellschaft – auch**  
27 **im Landkreis Ludwigsburg.**

28 Die Kreismitgliederversammlung beauftragt den Kreisvorstand, das Thema weiter zu bearbeiten und sich  
29 in Absprache mit den grünen Fraktionen im Landkreis und in den Kommunen parteiintern sowie  
30 öffentlich gegen die Einführung der Arbeitspflicht einzusetzen.